

II-3413 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1814 J

1988 -03- 0 9

A N F R A G E

der Abgeordneten Blau-Meissner und Freunde

an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten

betreffend das Verhältnis Österreichs zur Europäischen Atom-
gemeinschaft im Hinblick auf den diskutierten EG-Beitritt
Österreichs

Im allgemeinen Sprachgebrauch ist stets nur von "der Europäischen Gemeinschaft" die Rede; de iure besteht diese jedoch aus den drei Gemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, auch Montanunion genannt, gegründet am 18. April 1951), der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG, gegründet am 25. März 1957) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM, gegründet am 25. März 1957).

Die EURATOM-Gründung erfolgte zu einem Zeitpunkt, in dem nahezu die ganze Welt von einer Atom-Euphorie erfaßt war. Man glaubte, daß die Atomenergie in absehbarer Zeit alle Energieprobleme lösen werde, daß der Strom so billig werde, daß auf die Anbringung von Zählern verzichtet werden könnte, daß der Einsatz der Atomenergie einen großen Zuwachs an Wohlstand bringen würde. Diese Illusionen sind längst zerronnen. Überdies hat auch die EURATOM bei ihren Aufgaben kläglich versagt. So blieben von dem Ziel, in der "Gemeinsamen Forschungsstelle" eigene europäische Reaktor-Baulinien zu entwickeln, nur zwei Reaktorleichen auf dem Forschungsgelände in Ispra. Dennoch ist der EURATOM-Vertrag nach wie vor in Kraft, und die EG-Organe sind seit dem Fusionsvertrag vom 1. Juli 1967 gemeinsame Organe aller drei Gemeinschaften.

Die Ziele der österreichischen Außenpolitik im Bereich der Atomenergie sind spätestens seit Tschernobyl mit denen des EURATOM-Vertrages, der Bildung und Entwicklung von Kernindustrien (Art.1), unvereinbar. Da dieser Aspekt bei der EG-Debatte bisher vollkommen unbeachtet geblieben ist, stellen wir folgende

A N F R A G E :

1. Haben Sie sich bereits mit den Schwierigkeiten beschäftigt, die eine Annäherung Österreichs an die EG oder gar ein Beitritt in Hinblick auf den einen integralen Bestandteil der EG bilden den EURATOM-Vertrag für die Atompolitik Österreichs ergeben würden?
2. Haben Sie bei Ihren Gesprächen mit Politikern aus der EG den Problemkreis Atomenergie angeschnitten, und wenn ja, welche Standpunkte wurden dabei vertreten?
3. Ist Ihnen die Tatsache bekannt, daß die von der EG nach Tschernobyl festgelegten Grenzwerte für Radioaktivität in Lebensmitteln z.T. weit über den in Österreich geltenden liegen und daß es von Seiten mancher EG-Länder massive Bestrebungen gibt, diese Grenzwerte noch weiter hinaufzusetzen? Ist Ihnen bewußt, daß ein EG-Beitritt in dieser, aber auch in vielen anderen Umweltfragen (z.B. Katalysatorregelung) einen gewaltigen Rückschritt für Österreich und seine Mitmenschen mit sich bringen würde? Wie beurteilen Sie diese Probleme?
4. Können Sie sich vorstellen, Ihre Unterschrift unter eine Beitrittsurkunde zum EURATOM-Vertrag zu setzen?